Z:\Reden2019\10-20-2019-WillyBrandtForum-Unkel\20102019-WillyBrandtForum-Unkel-2.docx

Verehrte Frau Seebacher, liebe Brigitte,

sehr geehrter Herr Charlier,

sehr geehrte Damen und Herren!

Vor 50 Jahren wurde mit Willy Brandt zum ersten Mal ein Sozialdemokrat zum Bundeskanzler gewählt. Das war ein großes und historisch folgenreiches Ereignis.

Es ist für mich eine besondere Ehre, heute die Rede anlässlich dieses Jahrestages halten zu dürfen.

Ich danke dem Willy-Brandt-Forum, und vor allem Ihnen, liebe Frau Seebacher, dass Sie zu diesem Jahrestag diese Veranstaltung organisiert haben.

Willy Brandt ist nicht nur für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine der Lichtgestalten der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert.

Für mich und für meine Generation war er ein faszinierender Mensch und ein beeindruckender Politiker.

Und diese Wirkung ist bis heute zu spüren – mehr als ein Vierteljahrhundert nach seinem Tod.

Es ist bekannt, dass ich unter seinen sogenannten politischen „Enkeln“, zu denen unter anderem auch Björn Engholm, Rudolf Scharping und Oskar Lafontaine zählten, sicherlich nicht sein Liebling war.

Aber er hat mich auch unterstützt. Während meiner Zeit als Juso-Vorsitzender 1978 bis 1980 und dann auf meinem Weg in die Niedersächsische Staatskanzlei in den 1980er Jahren.

Ich erinnere mich noch gut, als er im Jahr 1985 gemeinsam mit Brigitte zu einem Künstlerfest nach Gümse im Osten von Niedersachsen kam. Dort kamen Künstlerinnen und Künstler zusammen, um mich in meinem ersten Landtagswahlkampf zu unterstützen.

Günter Grass war dabei, ebenso Horst Janssen, Karl Schaper, der Gastgeber Uwe Bremer, Katja Ebstein, Lew Kopelew, um nur einige zu nennen.

Es regnete in Strömen, aber Willy Brandt blieb. Denn er schätzte die Kunst und vor allem die Künstler, weil er wusste, wie wichtig Kultur für eine lebenswerte Gesellschaft ist.

Dass ich ihm in gleich zwei Ämtern nachfolgen konnte, das des Bundeskanzlers und das des Parteivorsitzenden, war damals natürlich nicht abzusehen.

Aber seine Wegweisung war für mich immer eine große Verpflichtung in beiden Ämtern.

Meine Damen und Herren,

mit der Wahl von Willy Brandt zum Bundeskanzler im Jahr 1969 war ein Aufbruch verbunden, wie ihn die Bundesrepublik Deutschland seither nicht mehr erlebt hat.

Große Namen waren im ersten Kabinett vertreten, um nur einige zu nennen:

Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Karl Schiller, Helmut Schmidt, Georg Leber, Egon Franke, Erhard Eppler, und nicht zu vergessen die einzige Frau in der Männerriege: Käte Strobel.

Herbert Wehner übernahm den Fraktionsvorsitz.

Brandts Kanzlerjahre waren von immensen Herausforderungen geprägt – innen- und außenpolitisch, für die Partei, für die Bundestagsfraktion, aber auch für das persönliche Seelenleben.

Erhard Eppler hat einmal treffend gesagt: Politik ist an der Grenze dessen angesiedelt, was Menschen leisten können, ohne Schaden zu nehmen an ihrer Seele.

Und ich kann hinzufügen, dass diese Grenze in einem Amt wie dem des Bundeskanzlers auch gelegentlich überschritten wird, oder von einem Kanzler überschritten werden muss.

Willy Brandt, das war am Ende seiner Amtszeit zu spüren, hat darunter gelitten.

Aber die Menschen haben mit ihm gefühlt, haben ihm auch Kraft gespendet und ihm zu verstehen gegeben: das, was er geleistet hat, wofür er zu Recht den Friedensnobelpreis bekommen hat, ist etwas ganz Großes.

Meine Damen und Herren,

der Antritt von Willy Brandt als Bundeskanzler im Jahr 1969 eröffnete neue politische Horizonte.

Ein modernes Denken zog in das Kanzleramt und strahlte in das ganze Land.

Es ging um das Aufbrechen von rückwärtsgewandten Strukturen unter dem Stichwort „Mehr Demokratie wagen“, um einen neuen Blick für die Verantwortung der Industrieländer gegenüber den Völkern der Dritten Welt, aber vor allem um Aussöhnung in Europa.

Als Bundeskanzler hat Willy Brandt den Weg der Versöhnung in Europa eingeschlagen, indem er ankündigte, dass wir ein Volk der „guten Nachbarn“ sein werden.

Dies geschah nur etwas mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Grauen, das der von Deutschland verbrochene Zweite Weltkrieg über unseren Kontinent gebracht hatte.

Unvergessen bleibt der Moment, als Willy Brandt im Jahr 1970 vor dem Mahnmal für die Opfer des Aufstandes im Warschauer Ghetto niederkniete.

Hier nahm ein Mann, der im Kampf gegen die Nationalsozialisten seine Heimat verlassen musste, die historische Verantwortung seines Volkes auf seine Schultern.

Es war eine große Geste der Versöhnung, aber auch des

Patriotismus.

Ich habe im Übrigen gespürt, welche große Wirkung dieses Bild des knienden Brandts noch drei Jahrzehnte später in Polen entfaltete, als ich gemeinsam mit dem damaligen polnischen Präsidenten Kwasniewski dieses historischen Ereignisses gedacht habe.

Dieser Kniefall war das Symbol für eine neue weitsichtige Politik, die zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Überwindung der europäischen

Ost-West-Spaltung führte.

Angesichts der tiefen Wunden des Zweiten Weltkrieges halte ich die Aussöhnung Deutschlands mit unseren europäischen Nachbarn in Ost und West fast für ein Wunder.

Willy Brandt war es, der die Mauer der tiefen Feindschaft der Völker mit seiner neuen Ostpolitik durchbrochen hat.

Brandts Entspannungspolitik erforderte Mut und Standhaftigkeit, weil sie innenpolitisch auf das Heftigste bekämpft wurde, auch durch persönliche Anfeindungen.

Denn in Willy Brandts Leben spiegeln sich nicht nur rund acht Jahrzehnte sozialdemokratischer Geschichte wider.

Sondern auch die Entwicklungen Deutschlands vom Kaiserreich über die Weimarer Republik, den Irrweg des Nationalsozialismus, von der Teilung bis hin zur Vereinigung.

Dies waren Jahrzehnte, in denen ein Kampf um Freiheit und Demokratie, um Teilhabe aller an Wohlstand und sozialer Sicherheit geführt wurde. Ein Kampf, den die SPD geführt hat.

Ein Kampf von Millionen Frauen und Männern, die für sozialdemokratische Werte, für Freiheit und Menschenwürde oft genug gelitten haben.

Tausende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in den dunkelsten Stunden der deutschen Geschichte diesen Kampf mit ihrem Leben bezahlt.

Willy Brandt hat nach 1933 die Emigration gewählt, in Norwegen und später nach dem Nazi-Überfall auf Norwegen, in Schweden.

Die politische Rechte hat ihn später wegen seiner Emigration, ebenso wie wegen seiner familiären Herkunft, auf das Übelste verfemt. Auch die DDR-Kommunisten haben ihn als „Verräter an Nation und Arbeiterklasse“ verleumdet.

Er hat das ertragen, auch wenn er, wie wir wissen, darunter sehr gelitten hat.

Er, der ein wirklicher Patriot des „guten  Deutschlands“ war und der für sein Land in der Mitte Europas immer das Beste gewollt – und auch erreicht hat.

In den zwölf Jahren der Emigration haben ihn seine Erfahrungen im Ausland, seine Debatten mit europäischen Sozialisten, wie Bruno Kreisky zum Beispiel – zu einem überzeugten Europäer gemacht.

So formte sich seine politische Zielvorstellung: ein selbstbewusstes Deutschland in einem selbständigen Europa, das eine wichtige Rolle als zivile Weltmacht spielt.

Deutschland ist heute ein souveränes und selbstbewusstes Land, das sich stets seiner Geschichte bewusst ist. Und das verdanken wir vor allem Willy Brandt.

Meine Damen und Herren,

wer Willy Brandt als Mensch und Politiker verstehen will, der muss auf seine prägenden Jahre in Berlin blicken, wo sein politisches Wirken im Nachkriegsdeutschland beginnt.

Hier findet der Rückkehrer, der sich für Deutschland entschieden hat, seine politische Heimat und baut seine Karriere auf.

Hier findet er nach Julius Leber, mit dem er sich in Lübeck überworfen hatte, mit Ernst Reuter seinen zweiten väterlichen Freund und Förderer in der SPD.

Hier bildet sich ein Kreis von Gleichgesinnten um ihn, die ihm als Freunde, Begleiter und Nachfolger über Jahrzehnte zur Seite stehen werden – es sind in erster Linie Heinrich Albertz, Klaus Schütz und Egon Bahr.

Die Erfahrungen in der geteilten und umklammerten Stadt sind ein wichtiges Motiv für seine spätere Ostpolitik:

Nation gründet sich für ihn auf das fortdauernde Zusammengehörigkeits-gefühl der Menschen eines Volkes. Dieses Gefühl wollte er bewahren helfen.

So sollten Kontakte zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands die willkürliche Grenze aufweichen helfen.

Er kämpft um die Freiheit des Westteils von Berlin, vor allem in den dramatischen Tagen des Mauerbaus, ebenso wie für die lebensnotwendige Bindung an die Bundesrepublik und den Erhalt des Vier-Mächte-Status.

Aber zugleich will Brandt eine Politik der Koexistenz mit dem Osten – mit so vielen realen Berührungspunkten und menschlichen Kontakten wie möglich.

Ziel dieser Berlin-Politik ist zunächst die „Transformation der anderen Seite“. Und langfristig das de facto Ende der DDR und die Vereinigung beider deutscher Staaten.

Das, was hier in Berlin begann, hat Willy Brandt als Außenminister der Großen Koalition 1966 bis 1969 und als Bundeskanzler konsequent fortgesetzt: den Wandel durch Annäherung.

Sie basiert auf der Anerkennung des Status quo in Europa, die zwischen 1970 und 1973 in Verträgen mit der Sowjetunion, Polen, der damaligen Tschechoslowakei und nicht zuletzt der DDR festgeschrieben wurde.

Seine schwierige, aber erfolgreiche Arbeit wurde bereits 1971 mit der weltweit bedeutendsten Anerkennung ausgezeichnet, dem Friedensnobelpreis.

Die Begründung des Nobelkomitees lautete: „Im Namen des deutschen Volkes hat Willy Brandt seine Hand zur Versöhnung zu Völkern ausgestreckt, die lange Zeit Feinde waren. Im Geiste des guten Willens hat er außerordentliche Ergebnisse bei der Schaffung von Voraussetzungen für den Frieden in Europa erzielt.“ Zitat Ende

Von CDU und CSU wurde er beschimpft und verleumdet, die Ostpolitik als „Verrat und Ausverkauf“ bekämpft.

Alles, was heute logisch und vernünftig erscheint, war damals hoch emotional umkämpft und erforderte Mut und Standhaftigkeit. Und die hatte Willy Brandt.

Seine Politik hat Europa grundlegend verändert.

Meine Damen und Herren,

diesem Weg, den Willy Brandt eingeschlagen hat, ist die deutsche und auch die europäische Politik angesichts neuer Herausforderungen weiterhin verpflichtet.

Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag 1989 – der ja auf den Ostverträgen basierte –

wurde die Voraussetzung für die volle Souveränität des vereinigten Deutschland geschaffen.

Seit diesen Tagen haben sich die Koordinaten deutscher Sicherheits­politik, auch internationaler Sicherheits­politik, tiefgreifend verändert.

Terrorismus, die Gefahr durch Massenvernichtungswaffen und die zunehmende Gewalt durch so genannte nichtstaatliche Akteure bedrohen die globale Sicherheit, auch die Sicherheit Deutschlands, in vielfacher Weise.

Völkermord und Vertreibung, die Vernichtung von Lebensgrundlagen oder der Kampf um den Zugang zu so lebenswichtigen Gütern wie Wasser destabilisieren ganze Regionen.

Die Antwort deutscher wie europäischer Politik im Geiste Willy Brandts auf diese Herausforderung heißt Friedenspolitik, die Konflikte verhütet und eindämmt.

Mir erscheinen dabei vier Punkte wesentlich:

Erstens: Wir sollten einem umfassenden Begriff von Sicherheit folgen, der sich nicht in militärischen Mitteln erschöpft. Dazu gehören diplomatische, rechtsstaatliche wie wirtschaftliche Maßnahmen, aber auch ökologische, soziale und entwicklungspolitische Ansätze.

Zweitens: Sicherheitspolitik ist immer auch Präventionspolitik, denn die Anwendung militärischer Gewalt kann und darf nur Ultima Ratio sein. Aber ‑ auch das haben wir lernen müssen, und viele in einem durchaus schmerzlichen Prozess ‑ Prävention schließt rechtzeitige militärische Intervention nicht aus.

Drittens: Sicherheitspolitik muss multilateral sein. Das gilt es gerade in heutigen Zeiten zu betonen, in denen ein amerikanischer Präsident diese Grundpfeiler der internationalen Politik zum Wanken bringt. Kein Staat der Welt, sei er so groß wie die USA, kann für sich allein Sicherheit und damit Frieden gewährleisten.

Und viertens: Deutschland muss Außen- und Sicherheitspolitik in Europa, für Europa und naturgemäß von Europa aus gestalten. Das bedeutet auch, dass Europa zukünftig noch mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen muss.

Das sind die Grundsätze, von denen sich Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten hat leiten lassen und die auf den Traditionen der Politik von Brandt beruhen.

Und das kann man im Großen und Ganzen sagen: seine Nachfolger im Amt – Helmut Schmidt, Helmut Kohl und meine Person sowie die amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel - haben sich an diesen Grundsätzen, natürlich mit unterschiedlichen Akzentsetzungen, orientiert.

Das Ziel seiner Politik, die deutsche Selbstbestimmung, war nach der Einheit Deutschlands erreicht.

Und in der Folge hat Deutschland auch international mehr Verantwortung übernommen, etwa auf dem Balkan und im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Im Übrigen: auch dies nicht im Widerspruch zu Willy Brandts Positionen, der nämlich ein Kämpfer für den Frieden war, aber keinesfalls ein Pazifist.

Er, der die nationalsozialistische Gewaltherrschaft erlebt und überlebt hatte, wusste, dass militärische Mittel in Ausnahmesituationen zu verantworten sind.

Aber sie unterlagen für ihn einem Primat der Politik und der Verpflichtung, Konflikte zunächst politisch zu lösen.

Deshalb haben wir Deutsche nicht nur Pflichten übernommen, sondern ebenso auch das Recht, klar „Nein“ zu sagen, wenn wir den Einsatz militärischer Mittel für nicht sinnvoll oder gerechtfertigt halten.

So war die Ablehnung des Irak-Krieges im Jahr 2003 Ausdruck des Selbst­bewusstseins einer reifen deutschen Demokratie, wie sie Willy Brandt vorgeschwebt hat.

Meine Damen und Herren,

Generationen vor uns konnten von einem Europa, wie wir es heute kennen, nur träumen – und wie wir es selbstverständlich mit offenen Grenzen und einer gemeinsamen Währung leben und erleben.

Wir haben in Europa die jahrhundertelange blutige Rivalität überwunden und zu einem friedlichen Miteinander gefunden.

Das ist ein hohes Gut. Ein hohes Gut, das aber eben keine Selbstverständlichkeit ist. Das führen uns die Konflikte in der Ukraine und auf dem Balkan immer wieder vor Augen.

Aber auch die Entwicklungen in Polen, Rumänien und Ungarn sind sehr bedenklich und zeigen, wie fragil das europäische Wertesystem noch ist.

Daher müssen wir für das vereinte und demokratische Europa kämpfen. Und das ist vor allem eine Aufgabe für Deutschland.

Die europäische Integration war die Antwort der europäischen Völker auf Krieg und Zerstörung im vergangenen Jahrhundert.

Denn Frieden ist und bleibt die wichtigste Zweckbestimmung der europäischen Einheit. Ohne diese wäre es nicht gelungen, nationalistische Eigensucht und tief verwurzelte Erbfeindschaften zu überwinden.

Das war und ist ein Quantensprung in der europäischen Geschichte, der jahrhundertelange blutige Auseinandersetzungen beendet hat.

Und das führt uns zurück zur Wesensbestimmung der Europäischen Union: Frieden durch Integration.

Es darf also in der heutigen Zeit grundsätzlich nicht darum gehen, auf nationale Vorteile bedacht zu sein. Sondern die europäische Verantwortung muss im Vordergrund stehen.

Wie Willy Brandt es in seiner Regierungserklärung 1969 schon formuliert hat:

Zitat: „Die Völker Europas warten und drängen darauf, dass die Staatsmänner der Logik der Geschichte den Willen zum Erfolg an die Seite stellen.“ Zitat Ende.

Wir dürfen also einer Politik, die auf Populismus, Ausgrenzung und Isolierung setzt, nicht folgen. Das darf nicht unser Weg in Europa und Deutschland werden.

Stattdessen müssen wir uns weiterhin für die friedliche Lösung von Konflikten und den Ausgleich der Interessen einsetzen – innerhalb unserer Gesellschaften, aber auch in den internationalen Beziehungen.

Wir müssen weiterhin für offene Gesellschaften, einen fairen und freien Welthandel, für Klimaschutz und für den Respekt für jeden einzelnen Menschen einstehen.

Nichts anderes würde Willy Brandt heute raten – unserem Land, und im Übrigen auch seiner und meiner Partei.

Für die Lösungen der Zukunftsaufgaben brauchen wir heute eine „Entspannungspolitik für das Zeitalter der Globalisierung“, wie es Bundespräsident Steinmeier einmal formuliert hat.

Das umfasst viele Aspekte:

Etwa die Emanzipation in den transatlantischen Beziehungen, die für Frieden notwendige Partnerschaft mit Russland, die Konfliktlösungen im Nahen und Mittleren Osten, aber vor allem auch Fortschritte bei der Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Meine Damen und Herren,

so wie Willy Brandt Deutschland nach außen neu positionierte, hat er auch im Inneren durch eine klare und mutige Reformpolitik die Gesellschaft und das Land modernisiert.

Er hat als Bundeskanzler und als Parteivorsitzender Brücken zwischen den Generationen gebaut und dazu beigetragen, dass sich eine ganze Generation nach 1968 nicht vom Staat abgewendet hat.

Sein Leitmotiv blieb dabei der Dreiklang der Werte der deutschen Sozialdemokratie:

Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit.

Dabei stand „Freiheit“ für ihn nicht zufällig an erster Stelle. In seiner Abschiedsrede als Parteivorsitzender 1987 in der Beethoven-Halle in Bonn hat Brandt gesagt:

*Zitat* „Wenn ich sagen soll, was mir neben dem Frieden wichtiger sei als alles andere, dann lautet meine Antwort ohne Wenn und Aber: Freiheit.“ *Zitat Ende*

Sozialdemokratische Politik im Sinne Brandts handelt immer vom Menschen.

Vom Menschen, wie er ist und wie er selbst sein will ‑ und nicht davon, wie andere wollen, dass er sein soll.

Und deswegen sollten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten es nicht hinnehmen, dass die Freiheit der Männer größer wäre als die der Frauen.

Dass die soziale Herkunft darüber entscheiden dürfte, wie viel Freiheit jemand für seine Lebenschancen hat. Dafür ist eine gute Bildungspolitik entscheidend.

Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit ‑ das sind keine statischen Begriffe. Alle drei sind Voraussetzung füreinander und bedingen sich gegenseitig.

Oberstes Ziel einer Politik der Gerechtigkeit ist es, zu verhindern, dass Menschen aus Arbeit und Gesellschaft ausgeschlossen werden.

Aber auch nicht zuzulassen, dass sie dauerhaft von staatlicher Unterstützung abhängig werden.

Gerade die internationale Vernetzung von Wirtschaftsräumen und Finanz­märkten ist nicht nur Risiko, sondern auch eine Chance.

Eine Einschätzung, die Willy Brandt insbesondere nach der internationalen Energiekrise in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts teilte.

Er war ein Gegner von Protektionismus und Abschottung, weil er wusste, dass eine moderne Wirtschaftspolitik nur durch zunehmende internationale Verflechtung möglich ist.

Wer jedoch den Eindruck vermittelt, dass man mit nationalstaatlichen Maßnahmen globale Probleme lösen könne, der gaukelt den Menschen einfache Antworten auf komplizierte Heraus­forderungen vor.

Willy Brandt war beides ‑ Realist und Visionär, weil die Sozialdemokratie nie die Partei des blanken Pragmatismus war.

Aber sie wäre über ihre lange Geschichte auch nicht erfolgreich gewesen, wenn sie sich bloß als Hüterin der reinen Lehre verstanden hätte.

Wahlerfolge jenseits der 40 Prozent, wie unter Willy Brandt – etwa 1972 mit 45,8 Prozent –, Helmut Schmidt oder mir, sind nur möglich gewesen, weil eine Politik auch für die Mitte der Gesellschaft gemacht wurde.

Wer mag, kann das als Ratschlag an meine Partei verstehen.

Meine Damen und Herren,

auch wenn wir die aktuellen Debatten über den Klimaschutz verfolgen, so können wir Willy Brandts Haltung und Politik als eine Richtschnur betrachten.

Mit dem Bericht der Nord-Süd-Kommission für die Weltbank hat er die Linien weit vorgezeichnet.

Hier kann und muss Europa seine politische Mission finden und daran arbeiten, dass nicht ganzen Weltregionen die Lebensgrundlagen entzogen werden.

Weltweite Probleme wie Klimawandel, Hunger, Epidemien und andere Fluchtursachen in den Armutsregionen dürfen politisch nicht unbeantwortet bleiben.

Sonst mutieren sie in Windeseile zu Kriegsgründen von morgen.

Der Erhalt der natürlichen Lebens­grundlagen muss gleichgewichtig mit der sozialen Frage in das Zentrum der politischen Anstrengungen.

Schließlich ist die soziale Frage in unseren Gesellschaften nur lösbar, wenn es uns gelingt, die ökologischen Probleme weltweit in den Griff zu bekommen.

Erhard Eppler war unter Kanzler Brandt Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit – also zuständig für die Entwicklungspolitik.

Beide haben gemahnt, dass nur nachhaltige Politik die Voraussetzungen für ein gutes und menschenwürdiges Leben in Frieden, Sicherheit und Wohlstand schaffen kann.

Im Sinne von Brandt und Eppler müssen wir heute darauf hinwirken, alle Länder in die globalen Wirtschaftsbeziehungen fair einzubinden.

Wir müssen verhindern, dass die Welt weiterhin in Globalisierungs-Gewinner und Globalisierungs-Verlierer zerfällt.

Dies ist eine der zentralen Heraus­forderungen der Zukunft.

Meine Damen und Herren,

in seiner ersten Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag in Bonn am 28. Oktober 1969 sagte Bundeskanzler Willy Brandt – *Zitat:*

„Wir sind entschlossen, den Zusammenhalt der deutschen Nation zu wahren, an einer europäischen Friedensordnung mitzuarbeiten, die Freiheitsrechte und den Wohlstand unseres Volkes zu erweitern und unser Land so zu entwickeln, dass sein Rang in der Welt von Morgen anerkannt und gesichert sein wird.“ – *Zitat Ende.*

Dieses politische Vermächtnis von Willy Brandt bedeutet heute noch größere Verpflichtung als je zuvor:

Für Freiheit, Frieden und Völker­verständigung. Für die Gestaltung von sozialer und ökologischer Demokratie, weit über die heutige Generation hinaus.

Diesem Anspruch gerecht zu werden, das ist der Auftrag der heute Handelnden, die politische Verantwortung für unser Land und für Europa übernommen haben.

Willy Brandts Politik und seine Visionen können uns dafür weiterhin Richtschnur sein.

In diesem Sinne wirkt seine Kanzlerschaft weit über das Jahr 1974, als sie zu Ende ging, hinaus.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!